

Deutschland-Flintbek: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 247/2023 22/12/2023

**Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Flintbek

Postanschrift: Heitmannskamp 2

Ort: Flintbek

NUTS-Code: DEF0B Rendsburg-Eckernförde

Postleitzahl: 24220

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GM.SH) AöR

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.gmsh.deAdresse des Beschafferprofils: <https://www.e-vergabe-sh.de>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Erweiterung der Schule am Eiderwald in Flintbek - Leistungen des Projektmanagements

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Leistungen des Projektmanagements (Projektsteuerung und Projektleitung) nach §§ 2 und 3 AHO, stufenweise Beauftragung

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 772 819,96 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF0B Rendsburg-Eckernförde

Hauptort der Ausführung: 24220 Flintbek

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeindevertretung Flintbek hat am 15.06.2021 den Beschluss gefasst, eine 4-zügige Grundschule sowie einen Neubau für alle Fachklassen einer 3-zügigen Gemeinschaftsschule einschl. Mensa und Lehrerzimmer und 400 m² Verwaltungstrakt neu zu errichten.

Um die o.g. Neubauten ausführen zu können, ist der Abriss der vorhandenen Bauten erforderlich.

Bei dem Abriss handelt es sich um einen derzeit genutzten Grundschulgebäudeteil mit einer Vorschul- Kindertagesgruppe (Bauteil 3- Pavillontrakt) mit einer Gesamt BGF in Höhe von 1.205 m². Ebenfalls muss das derzeit angrenzende Gebäude (Bauteil 2- Hochbau), in dem überwiegend Schüler aus der 5. bis 9. Klasse untergebracht sind mit einer Gesamt BGF in Höhe von 1.085 m² abgerissen werden.

An deren Stelle sollen Gebäude mit einer Gesamtbruttofläche für den Bauteil 3- Pavillontrakt in Höhe von 3.000 m² und für den Bauteil 2- Hochbau 2.200 m² zudem noch ein Verwaltungstrakt mit einer BGF in Höhe von 400 m² neu gebaut werden.

In den übrigen Bestandsgebäuden (Bauteil I – alte Fachklassen und kleine Turnhalle, Bauteil 4- ehem. Realschulteil, Bauteil 5- neue Grundschulklassen, sowie Bauteil 6- neuer Fachklassentrakt) sollen keine räumlichen Eingriffe zur Umsetzung einer zeitgemäßen Pädagogik oder Schaffung weiterer fehlender Flächen vorgenommen werden. Es werden lediglich die allernötigsten Sanierungsmaßnahmen sowie für Umnutzungen erforderlicher Abbruch / Neuerstellung von Innenwänden durchgeführt. An den Gesamtbaukosten beträgt der Anteil der Instandsetzungsmaßnahmen rund 15%.

Da die vorhandene Fläche für die zukünftigen Neubauten nicht ausreichend ist, können bis max. 3 Stockwerke geplant und errichtet werden.

Während des Abrisses und der Nichtnutzung der Räumlichkeiten ist eine alternative kostengünstige Lösung der Unterbringung evtl. in Abschnitten zu erarbeiten.

Zur Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist ein Konzept für eine sinnvolle abschnittsweise Aufteilung von Einzelmaßnahmen zu erarbeiten, die eine Umsetzung im laufenden Schulbetrieb, und die Finanzierung der Kosten sicherstellt. Die Gesamtbaukosten der KG 200 – 700 werden vorläufig mit ca. 17,5 Mio. EUR netto (zzgl. ges. MwSt.) veranschlagt.

Die Finanzierung ist bisher nur für einen Teil der Gesamtbaukosten sichergestellt.

Das Auswahlverfahren für die Planungsleistungen zur Objektplanung Gebäude ist bereits abgeschlossen. Die Auswahlverfahren für weitere Planungsleistungen folgen noch separat. In diesem Vergabeverfahren werden Büros zur Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert, die das Leistungsbild Projektmanagement gem. §§ 2 und 3 AHO, Heft 9 abdecken und in der Vergangenheit vergleichbare Maßnahmen verwirklicht haben.

Es sollen alle Stufen und Handlungsbereiche gem. § 2 AHO Projektsteuerung und das komplette Leistungsbild gem. § 3 AHO Projektleitung bearbeitet werden. Die Beauftragung wird stufenweise erfolgen.

Folgendes Verfahren wird durchgeführt:

In Phase 1 werden potentielle Bewerber zur Teilnahme aufgefordert und reichen den Teilnahmeantrag mit den geforderten Nachweisen ein.

In Phase 2 werden die eingegangenen Teilnahmeanträge geprüft und die Anzahl der zugelassenen Bewerber wird beschränkt.

Die Bewerber der Phase 2 werden gesondert zu einem Verhandlungsverfahren aufgefordert. Verfahrensbezogene Vergabeunterlagen sind auf der E-Vergabeplattform zum Verfahren unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121005381> eingestellt

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität der zu erwartenden Leistung des Projektteams im Hinblick auf den hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand / Gewichtung: 4

Qualitätskriterium - Name: Gewährleistung von Kosten- und Terminalsicherheit in der Planung und in der Baudurchführung / Gewichtung: 3

Qualitätskriterium - Name: Kommunikationsfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Verfügbarkeit der für die Dienstleistung verantwortlichen Personen / Gewichtung: 3

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Herangehensweise an dieses konkrete Projekt / Gewichtung: 5

Qualitätskriterium - Name: Mündliche Darstellung der Antworten auf die Fragen zu ZK 1 bis ZK 5 / Präsentation vor Auftraggeber / Gewichtung: 3

Kostenkriterium - Name: Gesamthonorar (Formblatt II-7-1) / Gewichtung: 4

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenbeauftragung

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: ja

Projektnummer oder -referenz: Es ist geplant, Fördermittel zu beantragen

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 065-195434](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Bezeichnung des Auftrags:

Erweiterung der Schule am Eiderwald in Flintbek - Leistungen des Projektmanagements

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe**V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses**

28/08/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 4

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Drees & Sommer SE

Postanschrift: Koboldstraße 2

Ort: Kiel

NUTS-Code: DEF02 Kiel, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 24118

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: nein

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Ursprünglich veranschlagter Gesamtwert des Auftrags/des Loses: 700 000,00 EUR

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 772 819,96 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.3. Zusätzliche Angaben

Fragen sind schriftlich über die E-Vergabeplattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Fragen werden bis zum 19.04.2023 angenommen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird auf der <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121005381> unter der jeweiligen Vergabe veröffentlicht.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabeplattform www.e-vergabe-sh.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabeplattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbungsgemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen.

Allgemeine Verfahrenshinweise für die unter III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) genannten Bedingungen:

- Die unter III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind unter Verwendung des Formblattes Teilnahmeantrag II-1 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Vergabestelle einzureichen und müssen aktuell (nicht älter als 12 Monate, außer Diplom-Urkunden und Kammereintragungen) und noch gültig sein.
- Soweit in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden.
- Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen.
- Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.
- Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden.
- Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 431-988-4640

Fax: +49 431-988-4702

Internet-Adresse: <http://Vergabekammerwimi.landsh.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein

Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach

§ 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Postanschrift: Küterstraße 30

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land: Deutschland

E-Mail: E-vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Fax: +49 431-599-1510

Internet-Adresse: <http://www.gmsh.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/12/2023